Anlage

Teilnahmebedingungen und Verfahrensablauf

Baumaßnahme:	KKUB – Sanierung Bettenhochhaus (Haus A)
Leistung:	Betoninstandsetzung Außenwand- und Fassadenflächen Haus A
Verfahrensart:	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 3 EU Nr. 3, § 3a EU Abs. 2 Nr. 1 lit. a und c VOB/A; beschleunigtes Verfahren gemäß § 10c EU Abs. 1 i. V. m. § 10b EU Abs. 5 VOB/A
Vergabenummer:	**2026-KKUB-SBH-Betonsanierung**
Auftraggeberin:	Knappschaft Kliniken Universitätsklinikum Bochum GmbH
Teilnahmefrist:	**11.12.2026, 10:00 Uhr**
Bindefrist:	26.02.2027
Geplanter Leistungsbeginn:	01.02.2027

Inhalt

A. Auftraggeberin und Vergabestelle
B. Leistungsgegenstand
C. Vergabeunterlagen
D. Verfahrensablauf
E. Teilnahmeantrag und Eignung
F. Zuschlagskriterien
G. Tariftreue
H. Nachforderung von Unterlagen
I. Vordrucke, Sprache, Kosten
J. Vorbehalte
K. Ausführungsort
L. Rügeobliegenheit
M. Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
N. Datenschutz

A. Auftraggeberin und Vergabestelle

Auftraggeberin ist die Knappschaft Kliniken Universitätsklinikum Bochum GmbH, In der Schornau 23–25, 44892 Bochum (nachfolgend „Auftraggeberin“).

Die Auftraggeberin wird bei der Durchführung des Vergabeverfahrens von der aurantia Rechtsanwaltsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft mbH, Zum Steigerhaus 8, 46117 Oberhausen, als Vergabestelle unterstützt. Die technische Projektbetreuung erfolgt durch die Althans Hesselmann + Partner Beratende Ingenieure PartG mbB, Oberhausen.

Kontaktstelle ist ausschließlich die Kommunikationsfunktion des Vergabeverfahrens auf der Vergabeplattform DTVP (https://www.dtvp.de). Eine Kontaktaufnahme auf anderem Wege, insbesondere mit der Auftraggeberin oder den Projektbeteiligten, ist nicht gestattet.

B. Leistungsgegenstand

I. Gesamtmaßnahme und Auftragsgegenstand

Die Auftraggeberin saniert das Bettenhochhaus (Haus A) des Universitätsklinikums Knappschaftskrankenhaus Bochum. Im Rahmen dieser Gesamtmaßnahme wird die Fassade des Hauses A erneuert. Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Instandsetzung der Stahlbetonbauteile der Außenwand- und Fassadenflächen als vorbereitende Leistung für die anschließende Montage der neuen Fassadenkonstruktion. Die übrigen Leistungen der Gesamtmaßnahme, insbesondere der Fassadenbau, sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.

Der Auftrag wird aufgrund des Gesamtauftragswerts der Baumaßnahme europaweit vergeben.

II. Leistungsumfang

Die Leistung umfasst die Betoninstandsetzung der Fassadenbereiche der Ebenen 03 bis 14. Die vorhandenen Betonoberflächen weisen unter anderem minderfeste und hohlliegende Bereiche, Kiesnester, karbonatisierte Randzonen sowie korrosionsgeschädigte Bewehrung auf. Zudem sind als verlorene Schalung verwendete Holzwolle-Leichtbauplatten zu entfernen. Der Umfang der betroffenen Betonflächen wird auf insgesamt ca. 5.000 m² geschätzt; von einer gleichmäßigen Schadensverteilung kann nicht ausgegangen werden.

Nach der Funktionalen Leistungsbeschreibung umfasst die Leistung insbesondere (Mengenangaben als Schätzwerte):

1. Baustelleneinrichtung, Abfallentsorgung und Baustellenreinigung;
2. Gerüstbau einschließlich Schwerlastkonsolen, Verankerungen, Materialaufzug und Treppenturm; eine Aufstellung des Gerüsts auf den darunterliegenden Flächen ist nicht möglich;
3. Entfernen von Holzwolle-Leichtbauplatten (ca. 4.200 m²);

4. Untergrundvorbereitung an Überzügen und Wandflächen (ca. 4.200 m²) sowie an Stützen (ca. 950 m²);
5. Bearbeitung von ca. 500 Kiesnestern sowie klassische Betoninstandsetzung von ca. 750 örtlichen Schadstellen (ca. 1.500 m²);
6. Spritzmörtelauftrag zur flächigen Reprofilierung und Realkalisierung (ca. 5.000 m²; zusätzlicher Mörtelaufbau höchstens 15 mm);
7. Herstellung eines Feuerwiderstands von mindestens 90 Minuten (F 90);
8. Oberflächenschutzsystem;
9. laufende Wasserfassung sowie Abfall- und Strahlmittelentsorgung;
10. Schutzmaßnahmen, insbesondere für die Fensterflächen (ca. 3.400 m²).

Maßgeblich ist allein die Funktionale Leistungsbeschreibung (Unterlage 02). Die vorstehende Zusammenfassung dient der Orientierung.

III. Ausführungsbedingungen

Die Arbeiten werden bei laufendem Krankenhausbetrieb ausgeführt. Sie erfolgen in abgestimmten Bauabschnitten (zunächst ca. 20) im Pilgerschrittverfahren. Staub-, Lärm- und Erschütterungseinwirkungen sowie Beeinträchtigungen durch Strahlwasser, Betonabtrag und Spritzmörtel sind auf das notwendige Mindestmaß zu reduzieren. Die Arbeitsabläufe und Schnittstellen zum Gerüstbau und zum nachfolgenden Fassadenbau sind zu koordinieren; die instandgesetzten Abschnitte sind jeweils für die Fassadenmontage zu übergeben.

Eine Ortsbesichtigung wird in der Angebotsphase angeboten. Einzelheiten werden mit der Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Erstangebots mitgeteilt.

IV. Lose, Nebenangebote, mehrere Hauptangebote

Eine weitere Aufteilung der ausgeschriebenen Leistung in Lose erfolgt nicht. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist nicht zugelassen.

V. Vertragsart und Ausführungszeitraum

Vorgesehen ist ein Bauvertrag unter Einbeziehung der VOB/B in Form eines Detailpauschalvertrags. Die Besonderen Vertragsbedingungen (Unterlage 23) und die Zusätzlichen Vertragsbedingungen (Unterlage 24) sind bereits Bestandteil dieser Vergabeunterlagen. Das Leistungsverzeichnis und die übrigen Vertragsunterlagen werden mit der Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Erstangebots bereitgestellt.

Mit der Ausführung ist am 01.02.2027 zu beginnen; die Leistung ist bis zum 30.12.2027 abnahmereif fertigzustellen. Als verbindliche Einzelfrist ist die Fassadenseite Süd bis zum 30.05.2027 fertigzustellen, damit die Montage der Fassade ab dem 01.06.2027 beginnen kann. Für die Überschreitung der

Vertragsfristen ist eine Vertragsstrafe vereinbart. Die Einzelheiten, auch zu den Sicherheiten für die Vertragserfüllung und für Mängelansprüche, ergeben sich aus den Besonderen Vertragsbedingungen (Nr. 1, 2, 4 bis 7 BVB).

C. Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen werden auf der Vergabeplattform DTVP unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abrufbar bereitgestellt. Die Bewerber haben die Unterlagen nach Erhalt auf Vollständigkeit und Widerspruchsfreiheit zu prüfen. Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler sind der Vergabestelle unverzüglich über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform mitzuteilen.

I. Unterlagen zum Verbleib beim Bewerber

Nr.	Unterlage
01	Anlage – Teilnahmebedingungen und Verfahrensablauf (dieses Dokument)
02	Funktionale Leistungsbeschreibung
03	Bewerberangaben – EU-Teilnahmewettbewerb
04	Bewertungsmatrix – EU-Teilnahmewettbewerb
05	Bieterangaben – Angebotsphase (zur Information; einzureichen erst mit dem Angebot)
06	Bewertungsmatrix – Angebotsauswertung (Zuschlagskriterien)
07	Formblatt 212 EU – Teilnahmebedingungen für die Vergabe von Bauleistungen
08	Formblatt 312/322 EU – Hinweise zur Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten (DTVP)
09	Formblatt 312a/322a EU – Information nach Art. 13, 14 DSGVO
23	Besondere Vertragsbedingungen (BVB-Bau)
24	Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB-Bau)

Soweit das Formblatt 212 EU von diesen Teilnahmebedingungen abweicht, gehen diese Teilnahmebedingungen vor.

II. Mit dem Teilnahmeantrag einzureichende Vordrucke

Nr.	Vordruck	Einzureichen
10	Anlage – Teilnahmeantrag	zwingend
11	Anlage – Eigenerklärung zur Eignung (alternativ: Einheitliche Europäische Eigenerklärung)	zwingend
12	Formblatt 521 EU – Eigenerklärung Ausschlussgründe	zwingend
13	Formblatt 523 EU – Eigenerklärung Sanktionen (Russlandbezug)	zwingend
14	Anlage – Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 MiLoG	zwingend

Nr.	Vordruck	Einzureichen
15	Anlage – Umsatzzahlen	zwingend
16	Anlage – Eigenerklärung Betriebs-/Bauhaftpflichtversicherung	zwingend
17	Anlage – Referenzen (je Referenz ein Referenzblatt, höchstens drei Referenzen)	zwingend
18	Anlage – Personal- und Unternehmensqualifikation	zwingend
19	Formblatt 233 – Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen	sofern einschlägig
20	Formblatt 234 – Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft	sofern einschlägig
21	Formblatt 235 – Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen	sofern einschlägig

Bei Bewerbergemeinschaften sind die Vordrucke 11 bis 16 von jedem Mitglied gesondert einzureichen. Bei Eignungsleihe gilt Abschnitt E. VIII.

III. Mit dem Teilnahmeantrag einzureichende Nachweise

Da die nachstehenden Angaben in die Auswahl der Bewerber eingehen und das Verfahren beschleunigt geführt wird, sind folgende Nachweise bereits mit dem Teilnahmeantrag einzureichen (§ 6b EU Abs. 5 VOB/A):

- Kopien der gültigen SIVV-Scheine der in Unterlage 18 benannten Mitarbeiter;
- Kopien der gültigen Düsenführerscheine der in Unterlage 18 benannten Mitarbeiter;
- Qualifikationsnachweise der in Unterlage 18 benannten Bauleitungen bzw. technischen Führungskräfte (z. B. Abschluss- oder Befähigungsnachweis);
- Nachweis der Mitgliedschaft in einer Gütegemeinschaft bzw. der unternehmensbezogenen Qualifikation oder Zertifizierung, sofern in Unterlage 18 angegeben;
- im Fall der Eignungsleihe: Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens (formlos oder Formblatt 236).

IV. Auf gesondertes Verlangen vorzulegende Unterlagen

Die Auftraggeberin behält sich vor, von Bewerbern, die für die Aufforderung zur Angebotsabgabe in Betracht kommen, innerhalb einer von ihr gesetzten Frist insbesondere folgende Unterlagen zu verlangen:

- Anlage – Referenzgeberbestätigung (Unterlage 22) für die angegebenen Referenzen;
- Auszug aus dem Handelsregister bzw. Nachweis der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer;

- Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamts, der Krankenkasse bzw. Einzugsstelle, der Berufsgenossenschaft und, soweit einschlägig, der Sozialkasse des Baugewerbes;
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG;
- Bestätigung des Versicherers über die Betriebs-/Bauhaftpflichtversicherung;
- Belege zu den Umsatzangaben.

Werden die verlangten Unterlagen nicht fristgerecht vorgelegt, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

V. Unterlagen der Angebotsphase

Mit der Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Erstangebots werden den ausgewählten Bewerbern insbesondere folgende weitere Unterlagen bereitgestellt:

- Aufforderung zur Angebotsabgabe und Angebotsschreiben;
- Leistungsverzeichnis (einschließlich GAEB-Datei) bzw. Preisblatt;
- weitere Vertragsunterlagen, soweit erforderlich, insbesondere zur Tariftreue (Abschnitt G);
- Formblätter 221 bzw. 222 (Preisermittlung), 223 (Aufgliederung der Einheitspreise), gegebenenfalls 225/225a (Stoffpreisgleitklausel), 233 (Benennung der Nachunternehmer), 236 (Verpflichtungserklärung), 241 (Abfall) und 244 (Datenverarbeitung);
- Bürgschaftsmuster nach Nr. 7.2 BVB (Vertragserfüllungsbürgschaft, Mängelanspruchsbürgschaft, Voraus-/Abschlagszahlungsbürgschaft).

Die Bieterangaben für die Angebotsphase (Unterlage 05) und die Bewertungsmatrix der Angebotsauswertung (Unterlage 06) werden bereits mit dem Teilnahmewettbewerb bekanntgegeben. Die Zuschlagskriterien und ihre Gewichtung stehen damit fest.

D. Verfahrensablauf

I. Zeitplan

Die nachstehenden Termine geben den aktuellen Planungsstand wieder. Verbindlich sind nur die Teilnahmefrist und die in den Aufforderungen jeweils gesetzten Fristen. Die Auftraggeberin behält sich Änderungen vor.

Verfahrensschritt	**Termin**
Rückfragen möglichst bis	04.12.2026
Ablauf der Teilnahmefrist	**11.12.2026, 10:00 Uhr**
Prüfung der Teilnahmeanträge und Auswahl	bis 16.12.2026
Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Erstangebots	17.12.2026

Verfahrensschritt	Termin
Frist für indikative Erstangebote	04.01.2027, 10:00 Uhr
Verhandlungsgespräche	06./07.01.2027
Aufforderung zur Abgabe finaler Angebote	08.01.2027
Frist für finale Angebote	14.01.2027, 10:00 Uhr
Information nach § 134 GWB	15.01.2027
Zuschlag (frühestens)	26.01.2027
Ende der Bindefrist	26.02.2027
Geplanter Leistungsbeginn	01.02.2027

II. Beschleunigtes Verfahren

Die Auftraggeberin führt das Verfahren wegen hinreichend begründeter Dringlichkeit als beschleunigtes Verhandlungsverfahren. Die Teilnahmefrist beträgt mindestens 15 Kalendertage, die Frist für die indikativen Erstangebote mindestens 10 Kalendertage. Die Dringlichkeit folgt daraus, dass die Betoninstandsetzung zwingende Vorleistung für die terminlich gebundene Montage der neuen Fassade im Rahmen der laufenden Gesamtsanierung des Bettenhochhauses ist.

III. Ablauf des Verhandlungsverfahrens

1. Teilnahmewettbewerb. Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag einreichen. Die Auftraggeberin prüft die Teilnahmeanträge auf Ausschlussgründe und die Erfüllung der Mindestanforderungen an die Eignung (Abschnitt E. VI.). Unter den geeigneten Bewerbern wählt sie die zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber nach Abschnitt E. VII. aus.

2. Indikative Erstangebote. Nur die ausgewählten Bewerber werden zur Abgabe eines indikativen Erstangebots aufgefordert. Mit dem Erstangebot sind die in Unterlage 05 geforderten Bieterangaben einzureichen.

3. Verhandlungen. Die Auftraggeberin verhandelt mit den Bietern über die Erstangebote und alle Folgeangebote mit Ausnahme der finalen Angebote, mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Verhandelt werden kann über den gesamten Angebotsinhalt mit Ausnahme der Mindestanforderungen und der Zuschlagskriterien. Die Auftraggeberin behandelt alle Bieter gleich und unterrichtet sie über Änderungen der Anforderungen in Textform, verbunden mit einer angemessenen Frist zur Überarbeitung der Angebote. Derzeit ist eine Verhandlungsrunde vorgesehen. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Verhandlungen in aufeinanderfolgenden Phasen zu führen und dabei die Zahl der Angebote anhand der Zuschlagskriterien zu verringern.

4. Zuschlag auf das Erstangebot. Die Auftraggeberin behält sich vor, den Zuschlag auf der Grundlage der Erstangebote zu erteilen, ohne in Verhandlungen einzutreten.

5. Finale Angebote und Zuschlag. Nach Abschluss der Verhandlungen werden die verbliebenen Bieter zur Abgabe finaler Angebote aufgefordert; über finale Angebote wird nicht verhandelt. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot nach den Zuschlagskriterien (Abschnitt F.) erteilt. Vor dem Zuschlag informiert die Auftraggeberin die nicht berücksichtigten Bieter nach § 134 GWB; der Vertrag darf bei elektronischer Information frühestens 10 Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen werden. Vor dem Zuschlag fragt die Auftraggeberin nach § 6 Abs. 1 WRegG das Wettbewerbsregister zu dem Bieter ab, der den Zuschlag erhalten soll.

IV. Kommunikation und Einreichung

Das Verfahren wird ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform DTVP (https://www.dtvp.de) geführt. Dort werden die Vergabeunterlagen bereitgestellt, Fragen beantwortet sowie Änderungen und Klarstellungen der Vergabeunterlagen mitgeteilt. Die Bewerber haben sich durch regelmäßige Einsicht auf der Plattform zu informieren; dort bereitgestellte Informationen gelten als zugegangen. Die automatischen E-Mail-Benachrichtigungen der Plattform sind ein zusätzlicher Service und ersetzen die Einsichtnahme nicht.

Fragen sind in deutscher Sprache ausschließlich über die Kommunikationsfunktion der Plattform zu stellen. Fragen und Antworten werden allen Unternehmen in anonymisierter Form zugänglich gemacht. Um eine rechtzeitige Beantwortung zu ermöglichen, sollen Fragen bis zu dem im Zeitplan genannten Termin gestellt werden.

Der Teilnahmeantrag ist bis zum Ablauf der Teilnahmefrist in deutscher Sprache über die Plattform mit dem Bietertool im Bereich „Teilnahmeantrag“ des Verfahrens einzureichen. Die Einreichung in Textform nach § 126b BGB ist zugelassen; der Bewerber und die erklärende Person müssen erkennbar sein. Eine Einreichung per E-Mail, Telefax, über die Nachrichtenfunktion der Plattform oder auf dem Postweg ist unzulässig und führt zum Ausschluss. Das Hochladen muss bei Ablauf der Teilnahmefrist abgeschlossen sein. Auf das Formblatt 312/322 EU wird hingewiesen.

Teile des Teilnahmeantrags, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten, sind als solche zu kennzeichnen. Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Teilnahmeantrags und des Angebots verwendet werden.

E. Teilnahmeantrag und Eignung

I. Allgemeine Hinweise

Es sind nur die geforderten Unterlagen einzureichen. Soweit Vordrucke bereitgestellt sind, sind diese zu verwenden. Die Vordrucke dürfen bei Bedarf vervielfältigt und um Zeilen ergänzt werden; im Übrigen

sind inhaltliche Änderungen unzulässig. Sämtliche Angaben sind vollständig, wahrheitsgemäß und widerspruchsfrei zu machen. Vorbehalte und eigene Geschäftsbedingungen des Bewerbers werden nicht Vertragsbestandteil.

Die Eignung und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen werden grundsätzlich durch Eigenerklärungen nachgewiesen. Unterlagen, für die dies in Abschnitt C. III. bestimmt ist, sind bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen; weitere Belege werden nach Abschnitt C. IV. verlangt.

II. Ausschlussgründe

Bewerber, bei denen Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und die keine ausreichenden Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB nachweisen, werden ausgeschlossen. Hierzu sind mit dem Teilnahmeantrag die Formblätter 521 EU und 523 EU sowie die Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 MiLoG (Unterlage 14) einzureichen.

III. Befähigung zur Berufsausübung

Der Bewerber erklärt in der Anlage „Eigenerklärung zur Eignung“ (Unterlage 11), dass er im Handelsregister sowie für die auszuführenden Leistungen in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer eingetragen ist oder zu einer Eintragung nicht verpflichtet ist. Die entsprechenden Belege sind auf gesondertes Verlangen vorzulegen.

IV. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

1. Umsatz. Der Bewerber gibt in der Anlage „Umsatzzahlen“ (Unterlage 15) seinen Gesamtumsatz sowie seinen Umsatz mit vergleichbaren Leistungen (Betoninstandsetzung/Betonerhaltung) in den Geschäftsjahren 2023, 2024 und 2025 an. **Mindestanforderung:** Der durchschnittliche Jahresumsatz mit vergleichbaren Leistungen beträgt mindestens 2.000.000 € netto. Bei Bewerbergemeinschaften werden die Umsätze der Mitglieder addiert. Unternehmen, die noch keine drei Geschäftsjahre bestehen, geben die Umsätze der bestehenden Geschäftsjahre an; die Auftraggeberin berücksichtigt in diesem Fall auch andere geeignete Unterlagen.

2. Haftpflichtversicherung. Der Bewerber erklärt in Unterlage 16, dass er über eine Betriebs- bzw. Bauhaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mindestens 5.000.000 € für Personenschäden und 5.000.000 € für Sach- und Vermögensschäden je Schadensfall verfügt oder eine solche im Auftragsfall abschließen wird. Die Ersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme je Versicherungsjahr betragen. Diese Deckungssummen sind zugleich die Höhe der Haftpflichtversicherung, die der Auftragnehmer nach Nr. 12 ZVB während der Vertragsdauer zu unterhalten hat.

V. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

1. Referenzen. Der Bewerber gibt in der Anlage „Referenzen“ (Unterlage 17) bis zu drei Referenzprojekte zur Betoninstandsetzung an. Referenzzeitraum sind die letzten fünf Jahre, zurückgerechnet vom Ablauf

der Teilnahmefrist; maßgeblich sind die in diesem Zeitraum ausgeführten und dem Bewerber oder dem benannten Unternehmen zurechenbaren Leistungen. Werden mehr als drei Referenzen eingereicht, werden nur die drei ersten in der Nummerierung des Bewerbers gewertet. Die Einzelheiten ergeben sich aus den Bewerberangaben (Unterlage 03) und der Bewertungsmatrix (Unterlage 04).

2. Personal. Der Bewerber gibt in der Anlage „Personal- und Unternehmensqualifikation“ (Unterlage 18) die Zahl der verfügbaren Mitarbeiter mit gültigem SIVV-Schein und mit gültigem Düsenführerschein jeweils getrennt sowie die verantwortlichen Bauleitungen bzw. technischen Führungskräfte mit Funktion und Qualifikation an.

3. Unternehmensqualifikation. Der Bewerber gibt in Unterlage 18 Mitgliedschaften in Gütegemeinschaften sowie vergleichbare unternehmensbezogene Qualifikationen und Zertifizierungen an. Bei einem gleichwertigen Nachweis ist darzulegen, welche Anforderungen der Bewertungsmatrix er abdeckt.

VI. Mindestanforderungen an die Eignung

Ein Teilnahmeantrag wird ausgeschlossen, wenn eine der folgenden Mindestanforderungen nicht erfüllt ist:

1. Es liegt kein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB vor oder der Bewerber hat ausreichende Selbstreinigungsmaßnahmen nachgewiesen.
2. Der durchschnittliche Jahresumsatz mit vergleichbaren Leistungen erreicht den in Abschnitt E. IV. 1. genannten Betrag.
3. Eine Haftpflichtversicherung nach Abschnitt E. IV. 2. besteht oder wird im Auftragsfall abgeschlossen.
4. Mindestens eine Referenz belegt eine Betoninstandsetzung an einem Bestandsgebäude im Referenzzeitraum (Bewertungsbereich 1 der Unterlage 04).
5. Mindestens ein im Unternehmen beschäftigter Mitarbeiter verfügt über einen gültigen SIVV-Schein.

VII. Auswahl der aufzufordernden Bewerber

Die Auftraggeberin begrenzt die Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber. Die Teilnahmeanträge der Bewerber, die die Mindestanforderungen erfüllen, werden nach der Bewertungsmatrix (Unterlage 04) mit 0 bis 10 Punkten bewertet. Zur Abgabe eines indikativen Erstangebots werden die **fünf** Bewerber mit der höchsten Punktzahl aufgefordert. Die Mindestzahl beträgt drei; erfüllen weniger als drei Bewerber die Mindestanforderungen, setzt die Auftraggeberin das Verfahren mit den geeigneten Bewerbern fort.

Erreichen mehrere Bewerber auf dem letzten zu vergebenden Rang dieselbe Punktzahl, entscheidet unter ihnen das Los. Der Losentscheid wird dokumentiert.

VIII. Bewerbergemeinschaften, Unterauftragnehmer und Eignungsleihe

1. Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag das Formblatt 234 einzureichen. Die Erklärungen zu Ausschlussgründen und zur Befähigung zur Berufsausübung sowie die Vordrucke 11 bis 16 sind von jedem Mitglied abzugeben. Umsätze und Qualifikationen der Mitglieder werden zusammengerechnet. Bei Referenzen ist anzugeben, welchem Mitglied sie zuzuordnen sind. Bewerbergemeinschaften, die sich erst nach Ablauf der Teilnahmefrist aus ausgewählten Bewerbern bilden, werden nicht zugelassen.

2. Unterauftragnehmer. Beabsichtigt der Bewerber, Teile der Leistung durch andere Unternehmen ausführen zu lassen, benennt er im Formblatt 233 Art und Umfang der vorgesehenen Teilleistungen. Die Namen der Unterauftragnehmer sind erst mit dem Angebot anzugeben. Von den benannten Unterauftragnehmern sind dann die Formblätter 521 EU und 523 EU sowie die Unterlagen 11 und 14 vorzulegen.

3. Eignungsleihe. Beruft sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten anderer Unternehmen, benennt er diese im Formblatt 235 und legt mit dem Teilnahmeantrag deren Verpflichtungserklärung vor, aus der sich ergibt, dass ihm die erforderlichen Mittel im Auftragsfall zur Verfügung stehen. Für das andere Unternehmen sind die Formblätter 521 EU und 523 EU, die Unterlagen 11 und 14 sowie diejenigen Vordrucke (insbesondere 15, 17 und 18) einzureichen, auf die sich die Eignungsleihe bezieht. Auf Kapazitäten anderer Unternehmen hinsichtlich der beruflichen Erfahrung (Referenzen) und der Qualifikation des Personals kann sich der Bewerber nur berufen, wenn diese Unternehmen die Leistungen, für die diese Kapazitäten benötigt werden, selbst erbringen. Bei Eignungsleihe hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit haften der Bewerber und das andere Unternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung. Andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das betreffende Eignungskriterium nicht erfüllen, sind innerhalb einer von der Auftraggeberin gesetzten Frist zu ersetzen. Auch konzernverbundene Unternehmen sind andere Unternehmen in diesem Sinne.

IX. Einheitliche Europäische Eigenerklärung und Präqualifikation

Als vorläufiger Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen wird anstelle der Unterlagen 11 bis 13 auch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) akzeptiert; für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jedes Unternehmen der Eignungsleihe ist eine gesonderte EEE einzureichen. Präqualifizierte Unternehmen können auf ihren Eintrag im Präqualifikationsverzeichnis des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. verweisen, soweit dieser die geforderten Erklärungen abdeckt. Die auftragsspezifischen Angaben der Unterlagen 15 bis 18 sind in jedem Fall einzureichen.

F. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Wertung erfolgt nach den folgenden Zuschlagskriterien; die Einzelheiten ergeben sich aus der Bewertungsmatrix (Unterlage 06):

Zuschlagskriterium	Punkte	Gewichtung
Ausführungskonzept (technische Ausführung, Schutzkonzept, Personaleinsatz; 18 Anforderungen zu je 1 Punkt)	bis zu 18	50 %
Angebotspreis (Gesamtangebotspreis netto)	bis zu 18	50 %
Gesamt	**bis zu 36**	**100 %**

Das Angebot mit dem niedrigsten wertbaren Angebotspreis erhält 18 Preispunkte; die übrigen Angebote erhalten Punkte im Verhältnis des niedrigsten wertbaren Angebotspreises zum jeweiligen Angebotspreis, multipliziert mit 18 und gerundet auf eine Nachkommastelle. Bei gleicher Gesamtpunktzahl erhält das Angebot mit der höheren Punktzahl für das Ausführungskonzept den Zuschlag; bei auch dann bestehender Gleichheit entscheidet das Los.

G. Tariftreue

Nach derzeitiger Einschätzung der Auftraggeberin unterliegt der Auftrag dem Bundestariftreuegesetz (BTTG) vom 27.04.2026 (BGBl. 2026 I Nr. 119). Der Auftragnehmer wird als Ausführungsbedingung verpflichtet, seinen bei der Ausführung des Auftrags eingesetzten Beschäftigten mindestens die nach dem BTTG maßgeblichen Arbeitsbedingungen zu gewähren und dies auch durch Nachunternehmer und Verleiher sicherzustellen. Die Einzelheiten, einschließlich der Nachweis- und Kontrollpflichten, ergeben sich aus den mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe bereitgestellten Vertragsunterlagen.

H. Nachforderung von Unterlagen

Die Auftraggeberin behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen nach Maßgabe von § 16a EU VOB/A unter Setzung einer angemessenen Frist nachzufordern. Werden nachgeforderte Unterlagen nicht fristgerecht vorgelegt, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

I. Vordrucke, Sprache, Kosten

Für Erklärungen und Angaben, für die ein Vordruck bereitgestellt ist, sind die Vordrucke zu verwenden. Sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache einzureichen; fremdsprachigen Nachweisen ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Kosten für die Erstellung des Teilnahmeantrags und des Angebots werden nicht erstattet.

J. Vorbehalte

Die Auftraggeberin behält sich vor, den Verfahrensablauf aus wichtigem Grund zu ändern und das Verfahren unter den Voraussetzungen des § 17 EU VOB/A ganz oder teilweise aufzuheben. Über Änderungen werden alle Unternehmen gleichzeitig über die Vergabeplattform informiert. Dabei beachtet die Auftraggeberin die Grundsätze des Wettbewerbs, der Gleichbehandlung und der Transparenz.

K. Ausführungsort

Universitätsklinikum Bochum, Haus A, In der Schornau 23–25, 44892 Bochum.

L. Rügeobliegenheit

Ein Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Auftraggeberin nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Rügen sind über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform an die Vergabestelle zu richten.

M. Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Besucheranschrift: Bundeskanzlerplatz 2–10, 53113 Bonn
Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16, 53113 Bonn
Telefon: +49 228 9499-0, E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Ein per E-Mail übermittelter Nachprüfungsantrag bedarf einer qualifizierten elektronischen Signatur.

N. Datenschutz

Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Vergabeverfahren enthält das Formblatt 312a/322a EU (Unterlage 09). Die Bewerber stellen sicher, dass die von ihnen benannten Personen,

insbesondere Mitarbeiter und Ansprechpartner bei Referenzgebern, über die Übermittlung ihrer Daten informiert sind.